

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition, Johannisstraße 50/52, abgegeben werden.

Nr. 230.

Freitag den 2. Oktober 1903.

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Aussprechen, was ist!

Genosse Parvus schreibt in seiner Korrespondenz:

Legien meinte auf dem Parteitage, wenn wir uns über den Generalfreitag unterhalten sollen, warum denn nicht über die Revolution? Gewiß hätten wir Grund genug, uns über die Revolution zu unterhalten. Nicht weil wir die Revolution provozieren wollen, sondern weil die Möglichkeit vorliegt, daß gegen alle unsere Bemühungen, die Massen zurückzuhalten, die Scharsmacher von oben die Revolution provozieren würden. Die Erörterung der Chancen einer politischen Revolution ist aber für eine Kollektivberatung innerhalb der Parteimitglieder der deutschen Versammlungs- und Pressefreiheit ein sehr schwieriges Ding. Und da es uns nicht auf die Mittel und Wege eines politischen Aufstandes, sondern vielmehr darauf ankommt, selbst den offenen Konflikt zwischen dem Volk und der Regierung möglichst in gesetzliche Formen zu bringen, so genügt auch die Besprechung des Massenfreitags.

Die Dringlichkeit des Gegenstandes wurde von keiner Seite angezweifelt, aber eine Scheu zeigte sich, ihn zu diskutieren. Diese Scheu hat ebenfalls ihren Grund gerade in der Aktualität der Frage. Bei der herrschenden politischen Spannung möchte man vermeiden, die gefährliche Angelegenheit auch nur anzurühren. Es ist dieselbe Vorsicht, die Kantisch zu seiner Ermahnung veranlaßt, die Frage der Demokratisierung des Wahlrechts im Reichstage lieber vorerst nicht anzuregen. Die Reaktion lauert ja förmlich auf Stoff, um die Regierung scharf zu machen. Ich will mich der Bedeutung derartiger Erwägungen nicht verschließen. Hat doch schon jetzt der Parteitag durch die Betonung des sozialrevolutionären Charakters der Partei zweifellos zur Konsolidierung (Befestigung) der Reaktion geführt — selbst liberale Organe, wie die „National Zeitung“, die noch unmittelbar vor dem Parteitage neue Zwangsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie zurückwiesen, gehen jetzt mehr oder weniger offen ihre Zustimmung zu einer politischen Ausnahmebestimmung der Arbeiterklasse bekannt. Aber auf der anderen Seite sprechen viel gewichtigere Gründe dafür, daß in dieser Sache volle Klarheit geschaffen werde. Wir schaden dadurch, daß wir schweigen, der Erörterung der kläglichen Probleme aus dem Wege gehen, Niemand mehr als uns selbst. Unsere Gegner sind gerüstet. Die Regierung nimmt die Frage eines Konflikts mit dem Volke nicht so leichtfertig hin. Im Kriegsministerium und im Ministerium des Innern werden die bis in die kleinsten Details ausgearbeiteten Pläne zur Bezwingung der Massen seit Jahren schon bereit gehalten. Wir müssen mit diesen Eventualitäten rechnen, wenn wir nicht überrumpelt werden wollen.

Wir sind eine Partei der Massen. Unsere Anhänger schaft folgt uns nicht blindlings auf das Kommando. Die Arbeitermassen müssen wissen, woran sie sind. Sonst erreichen wir nichts.

Das peinliche Umgehen des entscheidenden Punktes unseres politischen Kampfes hat schon jetzt vielfachen Schaden geschaffen und Verwirrung gestiftet. Das ist eine der Ursachen der opportunistischen Irrungen. Man sieht ein, daß an einem bestimmten Punkt das allgemeine Wahlrecht versagt, versagen muß, und da man sonst keinen Ausweg kennt, plädiert man für Kompromisse, für eine Politik der Zugeständnisse, der Ausöhnung mit der Regierung, der allmählichen Erschleichung der politischen Gewalt. Die Frage steht thatsächlich so: haben wir keine anderen politischen Kampfmittel, außer dem allgemeinen Wahlrecht, so haben wir auch keine Mittel, das Wahlrecht zu schützen; dann müssen wir uns im letzten Grunde der Regierung fügen; dann führt uns unsere grundsätzliche Opposition in eine Sackgasse, aus der es kein Entkommen giebt.

Man sagt, wir sollen die Organisationen stärken und alles weitere der Entwicklung überlassen, daß Deutsche Reich könne nicht ohne allgemeines Wahlrecht existieren. Das ist eine Illusion. Noch vor wenigen Jahren würde es kein Mensch glauben wollen, daß man im industriellen Sachsen es wagen könnte, das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen. Man hat es gewagt. Der sächsische Staatsrat kam dadurch in den Dreck, gewiß — nichtsdestoweniger bleibt man in Sachsen noch ebenso weit vom allgemeinen Wahlrecht entfernt, wie gleich nach der Reform. Erst recht trügerisch ist die Hoffnung auf die antipreußische Opposition der Bundesstaaten. Was vom Particularismus übrig geblieben, ist nur noch der Verwünschungsgeruch; er stinkt wie krepirte Mäuse. Die deutschen Kleinstaaten sind gänzlich außer Stande, eine eigene Politik zu treiben. Ihre Demokratie ist nur noch Schwäche; mit Schwäche kann man aber nicht die preußische Staatsgewalt bekämpfen. Außerdem haben die Kleinstaaten noch immer aus Angst vor der Sozialdemokratie jede reaktionäre Hege mitgemacht, die Preußen aus Haß gegen die Sozialdemokratie inszeniert hat. Die Kleinstaaten sind das todte

Gewicht, das die Entwicklung Deutschlands beschwert, sie stärken nur noch die Reaktion.

Man hüte sich vor dem Fatalismus, der ein für alle Mal dekretiert, ein industrielles Land könne nicht ohne allgemeines Wahlrecht existieren und sich darauf beruhigt. Das ist nur wahr, wenn man den politischen Widerstand der Massen in die Waagschale wirft. Die Industrie, die Kapitalistenklasse, kann das allgemeine Wahlrecht entbehren. Englands großartigste industrielle Entwicklung fand unter einem Jenseits-Parlament statt. Gegenwärtig aber geht die Politik der Kapitalistenklasse in der ganzen Welt nicht auf die Demokratisierung des Staats, sondern auf die Stärkung der Regierungsgewalt hinaus. Daß die Regierung in Deutschland in ihrem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie die herrschenden Klassen hinter sich haben wird, unterliegt keinem Zweifel. Das Proletariat ist nur noch die einzige große Klasse, die ein Interesse hat an der Demokratie. Ihr Widerstand allein kann die Reaktion besiegen und das Problem ist eben: wie man diesen Widerstand organisiert.

Die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts ist auch, wie schon wiederholt hervorgehoben worden, keineswegs das einzige Mittel, um mit der parlamentarischen Opposition der Sozialdemokratie fertig zu werden. Noch vor nicht sehr langer Zeit war es ebenfalls ein stehender Satz der demokratischen Ideologie (Begriffstheorie): ohne Parlament könne man nicht regieren. Es ist nicht wahr, man kann auch ohne Parlament regieren. Immer handelt es sich in letzter Linie um den Widerstand, der von unten kommt. Es bleibt bei dem Ausspruch von K. Marx: die Menschen machen ihre Geschichte unter gegebenen Verhältnissen, aber sie machen sie selbst. Die Verhältnisse erzeugen Konflikte; die Konflikte müssen gelöst werden, und zu ihrer Lösung gehört ein bewußter Wille.

Wenn die Anhänger der Taktik der Anpassung die Frage einer entscheidenden Auseinandersetzung mit der Regierungsgewalt zurückweisen, so ist das verzeihlich; aber ganz unverantwortlich ist es, wenn das von der radikalen Seite geschieht. Da fordert man mit aller Energie die rückwärtsloseste, unversöhnlichste, grundsätzliche, durch nichts zu beschwichtigende Opposition, treibt die Dinge auf ihre schärfste Spitze, — und fragt man: „Wohin der Kurs? wie soll es werden, wenn die Regierung zur Gewalt greift?“ so heißt es: „Darüber brauchen wir uns nicht erst den Kopf zu zerbrechen! Pst! Ruhe! damit uns die Feinde nicht hören!“ Das ist der Radikalismus, der vor sich selber Angst hat, nicht auszusprechen wagt, was er denkt, nicht auszudenken wagt, was er thut. Deshalb hat er auch ein groteskes Maß in der Beurtheilung der politischen Dinge: er läutet Sturm gegen die Kniehosen der Hofetikette und thut, als wenn er die Bajonette des preußischen Staates nicht sehe.

Als wenn die Thatsachen nicht lauter sprächen als alle unsere Worte! Wenn man der Regierung planmäßig und grundsätzlich alle Mittel und Wege abschneidet, so braucht man sich nicht erst zu sagen, wohin das führt. Wir täuschen Niemand außer uns selbst. Das „Komödienspiel“ sollen wir lassen, und Blindheit sollen wir spielen! Denn es heißt wahrhaftig, die Partei mit verbundenen Augen an den Rand des Abgrundes zu führen, wenn man den Massen nicht klar macht, was sie im entscheidenden Moment erwartet.

Aussprechen, was ist! Das ist die vornehmste Pflicht einer Partei, die nicht den Arbeitermassen einen fremden Willen aufzwingen oder suggerieren, sondern den Willen der Arbeiterklasse zur politischen Geltung bringen will.

Politische Mundschan.

Deutschland.

Neue Reichsstenern kündigte der bayerische Finanzminister v. Riedel am Dienstag bei der Schilderung der Finanzlage Bayerns in der Abgeordnetenkammer an. Also sprach er: „Nach meiner Meinung wird es sich nicht umgehen lassen, für das Reich schon in nächster Zeit die eine oder andere neue Einnahme zu schaffen.“ — Schöne Aussichten für die Steuerzahler, aber auch — für uns Sozialdemokraten!

Das Urtheil im Lannahütter Krawallprozeß. Im zweiten Lannahütter Wahlkrawallprozeß wurden verurtheilt der Hauptangeklagte Goiny zu sechs Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, der zweite Hauptangeklagte Graiczarek zu 5 Jahren Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust, die übrigen Angeklagten zu 2 bis 4 Jahren Gefängniß und den entsprechenden Nebenstrafen. Der Staatsanwalt hatte beantragt: 6 Jahre Zuchthaus, bei 5 je 5 Jahre Gefängniß, bei einem 4 Jahre, bei einem 3. Die Härte des Urtheils kann Niemanden überraschen, der die Eigenarten der obersten Justiz kennt. Uebrigens sind die Krawallprozesse damit noch nicht abgeschlossen. Wie die „Schles. Bzg.“ meldet, sind fünf weitere Personen er-

mittelt worden, die an dem Landfriedensbrüche in Lannahütte theilhaftig gewesen sind, darunter auch diejenige, die dem Amtsvorsteher mit einer Latte geschlagen hat. Alle fünf kommen in einer neuen (dritten) Verhandlung vor das Schwurgericht. Beide Korfanth haben gegen das Urtheil der Strafkammer Berufung eingelegt.

Gegen die grenzliche Pest der Soldatenschildereien zieht man jetzt mit verschärftem Eifer zu Felde. Wie eine Korrespondenz mittheilt, sind bei den Truppentheilen jetzt nach der Entlassung der Reservisten die Kommandos zum Ausbilden der Rekruten zusammengetreten, um durch die Offiziere in den einzelnen Fächern der Ausbildungslehre unterrichtet zu werden. Dem aus Unteroffizieren, Gefreiten und den bestausgebildeten älteren Gemeinen bestehenden Lehrpersonal wird nun in höherem Auftrage ans Herz gelegt, jedwede Berührung der Rekruten in und außer dem Dienste zu vermeiden und sich nicht hinreißen zu lassen, sich thätlich an einem Mann zu vergreifen. Beim Nachsehen des Anzuges sollen die Unteroffiziere nicht persönlich Helme und Mützen gerade rücken, Falten am Rock fortstreichen, die Halsbinde zurechtziehen u. Die Kommandos sind in einem Abstand von mindestens fünf Schritten abzugeben. Das Personal soll sich ferner aller Schimpfworte enthalten und auch den beschränkten Rekruten als „Menschen“ anerkennen. Bei dieser Gelegenheit wird der bekannte Fall Breidenbach instruktiv behandelt, wie denn überhaupt jede strenge Befragung von Mißhandlungen den Unteroffizieren, und wenn der Befragte ein Gefreiter war, auch den Gefreiten bekannt gemacht wird. Ferner siehe eine neue Rundgebung des Kaisers an die Offiziere in Bezug auf Mißhandlungen, ungenügende Aufsicht u. bevor. — Mit Erlassen und Ermahnungen allein wird man dem Uebel so wenig beikommen wie bisher. Das ganze System muß geändert werden, wenn man wirksam Abhilfe schaffen will.

Aus der Leidensgeschichte der Mittelland-Kanal-Vorlage erzählte der Abg. Wallbrecht auf dem national-liberalen Parteitage in Hannover: „Als im Jahre 1899 der Kanal abgelehnt wurde, traten die Kanalinteressenten zusammen und sagten sich, wir müssen einfach den Kanal selbst bauen, wenn die Regierung die Konzession ertheilt. Wir kamen nach Aufstellung einer Rentabilitätsberechnung zu dem Resultat, daß der Kanal aus Privatmitteln zu bauen ist. Ober-Baudirektor Franziskus-Bremen und Generaldirektor Bellingroth-Dresden gingen über unsere Rentabilitätsberechnung sogar noch hinaus. Es ist mir damals gelungen, von den Interessenten 100 Millionen aufzubringen, die übrigen 200 war der verstorbene Herr v. Siemens zu übernehmen bereit. Der Plan wurde dem Ministerium und dem Fürsten Hohenlohe vorgelegt. Herr v. Thiele stand der Sache kühl gegenüber, Daniel war heute dafür, morgen dagegen, und nur Reichskanzler Fürst Hohenlohe war ein entschiedener Freund des Projekts. Wir wollten die Konzession nur für den Fall, daß der Kanal wieder abgelehnt würde. Die Verhandlungen wurden aber durch Thiele in die Länge gezogen; er sagte, er habe die Sache einer Kommission zur Prüfung überwiesen. Nachdem ich fünfmal in sechs Monaten bei ihm war, erhielt ich die Nachricht, die Regierung wolle die Konzession nicht ertheilen. Inzwischen war auch Hohenlohe aus dem Amte geschieden, und der jetzige Reichskanzler brachte der Angelegenheit anscheinend kein Interesse entgegen; ich habe wenigstens von ihm nicht einmal eine Antwort bekommen. Nachher habe ich auch erfahren, daß die von Herrn v. Thiele (der das Wort sprach: „Gehaut wird er doch!“) eingeleitete „Kommission“ überhaupt niemals zusammengetreten ist.“ — Ein schändliches Bild aus dem preußischen Junkerreich! Die junkerlichen Kanalrebellen wollten von dem „Junkerkanal“ nichts wissen, vor allem schon deshalb nicht, weil sie ihn als Kaffhandelsobjekt für höhere Hölle in der Hand behalten wollten, und die Regierung — gefällig, wie sie nun einmal gegenüber den Junkern ist — hintertrieben mit List und Gewalt sogar die private Ausführung des großen Kulturwerkes.

Arenberg und Bückler. Die „Köln. Bzg.“ bespricht die Mittheilungen über den „Fall Arenberg“ im hannoverschen Gefängniß und die neueren Meldungen über die Thatsache des Festungsgefangenen Grafen Bückler an einer offiziellen Festung in Danzig. Sie schreibt dazu: „Die Erzählung bedarf dringend einer behördlichen Richtigstellung, denn eine derartige Bewegungsfreiheit, wie sie dem Grafen Bückler angeblich gestattet worden, ist auch Festungsgefangenen gegenüber unabweisbar unstatthaft. Es klingt wie ein Hohn auf die Theorie vom Straßbäl, wenn ein Gefangener sich an einem offiziellen Feste theilnehmen kann, bei dem die höchsten staatlichen Spitzen anwesend waren; aber wie gesagt, eine Berichtigung ist nöthig, bevor auch dieser Vorgang als Bündel zu einer Verhöhnung in die Massen geworfen werden kann.“ — In diese Berichtigung wird das kölnische Blatt lange warten können.

Das Verfassungsgesetz Oedenau bei Rastatt ist...

leicht aus einem Diebstahl herrühren, gefunden und beim Polizeiamt abgeführt: Eine schwarze Lederne Zigarrentasche mit 44 Zigaretten; 1 Paar graubraune, baumwollene Strümpfe; eine gebrauchte Mullbinde; ein weißes Hals- und ein braunes, leeres Sport-Rederportemonnaie.

pb. Paletotdiebstahl. Aus einem Hause an der Koed-straße wurden in den letzten Tagen der verfloffenen Woche ein schwarzer Kammgarn-Sommer-Paletot und ein schwarzer weicher Filzhut gestohlen. Der Paletot trägt unter dem Anhängsel die Firma F. F. W. Arnold u. Sohn, und in dem Hulsfutter befindet sich die Firma Steenbock.

Entin. Die Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: Zur Veranstaltung einer öffentlichen Luftbarkeit, welche nach dem Gesetze vom 23. November 1854 einer Erlaubnis bedarf, wird vom 1. Oktober d. J. an solche Erlaubnis nur gegen vorgängige Entrichtung der dafür nach dem Gesetze vom 28. Dezember 1872, betreffend die Gebühren in Vermaltungsachen, zu zahlenden Gebühren erteilt. Auf die Stadt Entin findet vorstehende Bestimmung keine Anwendung. — Jedenfalls hat die Regierung bei Erlaß dieser Verordnung auch gedacht: Was wie hebbt, brukt wie nich erst tau kriegen!

Kleine Chronik der Nachbargbiete. In Hamburg wurde ein junger Mann, der sich als ein Student aus Triest in das Fremdenbuch eingetragen hatte, in einem Hotel im schwerverletzten Zustande aufgefunden. Er hatte sich eine Kugel in die linke Brustseite gejagt. Er gab an, mit einem jungen Mädchen nach dort gekommen zu sein, um sich das Leben zu nehmen. Seine Geliebte habe sich auch bereits ertränkt. — Auf Veranlassung des Rechtsanwalts Dr. Jonaß in Altona wurde kürzlich gegen die Kriminalbeamten Krenzhausen und Bremmer ein Verfahren eingeleitet, weil sie, wie auch Sr. Zt. gemeldet, beschuldigt waren, eine Frau ohne Veranlassung mißhandelt und widerrechtlich verhaftet zu haben. Die Untersuchung hat ergeben, daß die gegen die Beamten erhobenen Beschuldigungen vollständig grundlos sind. Das Verfahren ist daher eingestellt und es wird nun gegen die betreffende

Frau wegen wissentlich falscher Anschuldigung vorgegangen werden. — Der zum Tode verurteilte Mädchenmörder Mailau in Altona giebt die Hoffnung, daß sein Schicksal sich doch noch zu seinen Gunsten wenden dürfte, nicht auf. Neuerdings hat er den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. — Bei einer Kuderfahrt auf dem Westensee kenterte nach einer vieler Meldung ein Boot. Beide Insassen ertranken. — Unter besonderen Feierlichkeiten fand gestern die Einweihung der Dampfahre-Verbindung Warnemünde-Gjedder statt. — Das Seeamt in Bremerhaven führte den Kobruch beim Lloyd-Dampfer „Nectar“, wobei 8 Personen getötet wurden, auf einen äußerlich nicht erkennbaren Fehler im Material zurück. — Auf freiem Felde unweit Wilhelmshaven hat sich der Kammereigebilde Eiben erschossen.

Kiel. Der abgeleitete Dr. Barth. Die freisinnigen Delegierten des Landtagswahlkreises Kiel-Neumünster nominirten an Stelle des Abg. Barth einmütig den Lehrer Wolgast-Kiel. Den Kieler Freisinnigen wird das Herz im Leibe gelacht haben, daß ihnen Dr. Barth die Arbeit des Abjagens so leicht gemacht hat.

Gästrow. Eine Taubstumme wegen Meineides verurtheilt. In einem Strafprozeß gegen den Tischler Kug in Neubrandenburg soll die Tischlerfrau Redling einen Meineid geleistet haben. Das Schwurgericht verurtheilte die taubstumme Angeklagte wegen fahrlässigen Falscheides zu neun Monaten Gefängnis. Von einer anderen Anklage wegen Verleitung zum Meineide wurde sie freigesprochen.

Letzte Nachrichten

Danzig. Beim Entladen eines Revolvers durch den Cafebesitzer Grabow in Neugarten entlud sich die Waffe. Das Geschoss traf das Geschäftsräulein und tödtete es. Grabow stellte sich selbst der Staatsanwaltschaft.

Berlin. Der bekannte Erbbebenforscher und Wetterprophet Rudolf Falb ist Dienstag Abend an Lungenentzündung gestorben.

Hannover. Vom Eisenbahnzuge überfah-

ren. Der Schnellzug 32 Leipzig-Hannover überfuhr Mittwoch bei Großdängen einen Bahnmeister-Wagen. Arbeiter wurde getötet, während die anderen Insassen retten konnten.

Poppenhausen (Rhön). Ein Großfeuer äscherte hier 30 Gebäude ein.

Ansbach. Schreckensthat eines Irreninns. Der Milchhändler Michael Boscher verletzte Dienstag Nachmittag in einem Anfall von Geistesföhrung seine Ehefrau durch Beiliebe und Messerstücke so schwer, daß in der darauf folgenden Nacht verstarb. Der Thäter wurde in ein Irrenhaus eingeliefert.

Budapest. Massenvergiftung. Der Franz Sig. wird gemeldet: Im hiesigen Armenhaus sind aus bisher unaufgeklärter Ursache nach dem Mittagessen am Dienstag 150 Personen schwer erkrankt. Bisher ist eine Person gestorben.

Rom. Eine furchtbare Blutthat. Ein Landwirth aus Ostuni bei Brindisi tödtete in einem Bahnsinn anfall seine fünf Kinder.

Ugler. Infolge eines heftigen Unwetters ist der Sumamma-Fluß aus den Ufern getreten und hat mehrere Dörfer fast überfluthet. Mehrere Eingeborene erkrankten. Ein Theil des Eisenbahndammes wurde zerstört.

Briefkasten.

N. N. Die Hebamme L. wurde am 27. Juni 1893 vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurtheilt und später dann vom Senate zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Zückerer Marktreise vom 30. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen Stk. 3,20 Mk., Enten Stk. 2,80 Mk., Gähner 1,80 Mk., Ruten Stk. 1,00 Mk., Tauben Stk. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — 65 Pf., Flugans — Mk., Schweinste Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 8 Stk. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karb Pfd. 1,— Mk., Karraufsen Pfd. 80 Pf., Seehie Pfd. 60 Pf., Barjege Pfd. 60 Pf., Mal Pfd. 0,80 Mk.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen hoch erfreut an

H. Finern und Frau,
geb. Schmoor.

Zum 1. Januar zu vermieten Zweistuben-Wohnung, Küche, Keller und Stall
Schönfampstraße 19 a.

2 freundliche Dreistuben-Wohnungen,
1. Etage, zum 1. Januar zu vermieten
Länkenhagen 8.

Gesucht zum 1. Januar vor'm Postenthor eine freundliche Wohnung für einzelne Leute, 150—160 Mk.

Angeb. mit Preisang. u. Z D 61 a. d. Exp.

Eine Wohnung gesucht
2 Stub. u. all. Zubeh. 3 1 Jan. in der Stadt.
Offerten u. F. R. 50 an die Exped. d. Blatt.

Gesucht sofort
tüchtige Schuhmacher.
Besohlanstalt Glandorffstr. 1, J. Kallhorst.

Ein Laufjunge gesucht
Kupferschmiedestraße 26

Eine Schneiderin empfiehlt sich
Frau C. Holm, Klappenstraße 18, II.
Zu kaufen gesucht

eine Stoffbüste.
Off. u. L E an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht 1 guterhaltene Jacket für 1 Mädchen von 11 Jahren und eine nicht zu kleine Puppe.

Off. u. O 100 an die Exped. d. Bl.

Ein gut verzinbares Haus, 2 Wohnungen, Wasserf. und Wasserf. für 5500 Mk. zu verkaufen.
Off. u. A H J an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein leichter vierwädriger Handwagen. Zu sehen Nachm.
Kallhorststraße 14 b.

Zu verkaufen eine Bettstelle mit Seeград- matratze und ein Küchenschrank
Glandorffstraße 12, part.

Ein sehr guterhaltener Sitzwagen ist für 4 Mk. zu verkaufen
Debenau 15.

Zu verkaufen eine Kartoffel-Riste, ein Kofet-Eimer, ein Messing-Mörser und diverse Topf-Gewächse
Steinradweg 9 c.

Für Bauunternehmer. 6 einzelne Fenster- lügel sofort zu verkaufen. Näheres
Glandorffstr. 9, III. Abds. v. 6 1/2—7 1/2 U. z. erf.

Ich wohne jetzt:
Reiferstrasse 33a.
Joh. Körner, Buchdrucker.

Habe mich als
Hebamme
hier niedergelassen und wohne
Glandorffstr. Allee 31, I.
H. Lasson Ww.

Hausstandswäsche wird billig gewaschen u. geplättet. Für Sauberkeit wird garantiert.
Off. u. B 26 an die Exped. d. Bl.

Empfehle meinen
Rasir-, Frisir- u. Haarschneidesalon
Johannes Lohse, Wiedestraße 48.

Zühter Bruchkäse
vollfett und pikant, Pfd. 30 und 25 Pf., bei ganzen Broden billiger, empfiehlt
Johs. Breede, Dankwartsgrube 37.

Schwedisches Brennholz
empfehle billigt

Th. Kruse
Fernsprecher 1289. Untertrave 60.

Tapeten und Borden
billigt bei
F. Spethmann, Schwart. Allee 75.

Oeffentliche sozialdemokratische Parteiversammlung

am Freitag den 2. Oktober

Abends 8 1/4 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tags-Ordnung:

Fortsetzung der Diskussion über die Verhandlungen des Dresdener Parteitages.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübbeck Markt 4 **Otto Albers** 10. Kahlm.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Weserhojen . . . 1,80—6,45
Wasserhojen . . . 2,60—6,75
Schlofferhojen . . . 1,88—5,25
Ueberziehojen . . . 0,88—2,35
Wint- hojen . . . 1,38—3,25

leimene Jaden, jährige und gerade, 1,23
Kajen, Hemden, Schächterjaden, Friseurjaden,
Waler-Mäntel erstaunlich billig.
Mäßen von 30 Pf. bis 1,88 Mk.

Empfehlungs-Karten

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Eilt! Achtung! Eilt!

Zwetschen

nur so lange der Vorrath reicht,

das Pfund 9 Pfg.

F. Daniels

21 Glockengießerstraße 21, Laden.

Rohbirnen Pfd. 15 Pf.,

10 Pfd. 1,30 Mk.,

Stranbäpfel Pfd. 15 Pf.,

A. Voss, Lg. Lohberg 50.

Setzen u. magern Speck per Pfd. 70 Pf.,
Schweinefleisch 60 Pf., dicke Flohmen 70 Pf.,
getochte Mettwurst 70 Pf., Leberwurst 70 Pf.,
bestes Schmalz 70 Pf., Braunschweiger Wurst
50 Pf., Breßwurst 50 Pf., frisches Kopffleisch
30 Pf., Brot- und Grädwurst à 10 Pf. —
Jeden Sonnabend 5 Uhr warme Knackwurst.
M. Lahrz, Böttcherstraße
Fernsprecher 1291.

Grosse Auktion

Freitag den 2. Oktober 1903

Nachmittags 2 1/2 Uhr

14 Hundestraße 14

soll ein großer Hausstand öffentlich meistbietend gegen Bezahlung wegen Abreise von hier verkauft werden, bestehend aus Kleider-, Küchen- und Leinen-Schränken, Bettstellen mit und ohne Sprunghedern, Matratzen, Ausziehtischen und Küchentischen, Wienerstühlen, Spiegeln, Bildern, Kommoden, eisernen Bettstellen, Hochhaar- matratzen, Posterküchen, Waschkübeln, 2 Sad Kartoffeln, Betten, Garderoben, getragenen Kleidungsstücken, sehr gut erhalten, und Waaren aller Art sowie emaillirten Töpfen, 3 Fahrräder und versch. u. Gen. m.

J. C. B. Schmehl

Auktionator und Taxator

Tapeten

-Reste.

Hafen-Drogerie

Georg Bornhöfft

(vorm. W. G. Böhndel)

Untertrave 44—45.



Arbeiter-
Radfahrer-
Verein Lübeck.

Mitgliederversammlung

am Donnerstag den 1. Oktbr.

Abends 8 1/4 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tags-Ordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht.

Der Vorstand.

Tapeten

Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäfts
Dankwartsgrube 47

Konsumverein

für Stockelsdorf und Umge

E. G. m. b. H.

General-Versammlung

am Sonntag den 4. Oktober

Nachm. 3 Uhr

bei Herrn Paetau in Fackelbu

Tags-Ordnung:

1. Geschäftsbericht

2. Wahl von 2 Ausschichtsrathsmitgliedern.

3. Gerichtssachen.

Der Vorstand

Ungeord. Generalversammlung

der Seefahrer-Krankenkasse

E. G. H. Nr. 16

am Sonntag den 4. Oktober 1903

Nachm. 3 1/2 Uhr

bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59

Tags-Ordnung:

Veränderung des Statuts, §§ 9—17.

Wir machen auf § 25 des Statuts aufmerk

Der Vorstand

Circus Variété.

Heute u. folg. Tage:

Der 2. Spielplan

9 Attraktionen

I. Ranges.

Anfang 8 Uhr.

Panoram

Siliale Berlin (Beflage)

— Dreieckstraße 53, 1. Etage. —
Diese Woche ausgestellt:

Am schönen Rhe

von Mainz bis Köln.

Jeden Tag v. 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abds. ge-
Entree 30 Pfa., Kinder 20 Pfa., 6 Reisen

Stadttheater

7 1/2 Uhr. Freitag den 2. Oktober. 7 1/2
7. Vorstellung. 1. Freitag-Abend

Das Glöckchen d. Eremit
7 1/2 Uhr. Sonnabend den 3. Oktober. 7 1/2
8. Vorstellung. 2. Schiller Vorstellun
Minna von Barnhelm

Die Versorgung Deutschlands mit Holz.

In Anbetracht der Wichtigkeit, welche der Holzhandel im Handelsleben Lübecks einnimmt, fühlen wir uns veranlaßt, wiederzugeben, was S. Karst über diese Frage in der „Leipz. Volksztg.“ schreibt:

Herr Bobbelski, der wackere Husar, hat wieder einmal den Diplomaten gespielt und wie in der Regel, sich gründlich blamiert. Er ließ sich interviewen und gab die Weisheit zum besten, an den Minimalzöllen für Getreide sei nicht zu rütteln, auch von der Praxis der Sperrung der Grenzen für ausländisches Vieh und von den exorbitanten Viehzöllen werde eine weise deutsche Regierung nicht rütteln lassen. Dafür sollen sich die Russen damit trösten, daß sie ihren Export an Holz nach Deutschland fördern. Herr von Bobbelski meint es jedenfalls sehr ernst, aber er hat darüber wohl ganz vergessen, was denn der famose neue Zolltarif unter den Abschnitten „Erzeugnisse der Forstwirtschaft“ und Holzwaren enthält. Da finden wir gleich an erster Stelle eine Erhöhung des Zollsatzes für Bau- und Kuchholz: bisher wurde Hart- und Weichholz gleich verzollt, fortan soll Hartholz höher verzollt werden und zwar mit 1,80 Mk. statt 1,20 Mk. für den Festmeter, also eine ganz gewaltige Erhöhung. Ist das Holz gesägt, so soll fortan Hartholz 10 Mk. pro Festmeter zahlen, Weichholz 7,50 Mk. statt wie früher beide Arten 6 Mk. Fagholz (Faghauben, Fagbentheile u. s. w.) wurden bisher mit 0,20 Mk. pro Doppelzentner verzollt, jetzt sollen es 0,30 Mk. werden. Korbweiden wurden bisher mit 0,40 Mk. ungeschält und mit 3 Mk. geschält verzollt, jetzt sollen es 0,55 und 10 Mk. sein. Gerbholz zahlte bisher 0,50 Mk., jetzt 1 Mk. Für Holzwaren finden wir folgende Erhöhungen: Bau- und Kuchholz, soweit es gehobelt, gesägt, genietet, gestemmt, geschliffen ist, zahlte bisher pro Doppelzentner 3 Mark, jetzt soll es 6 Mark zahlen. Fourniere roh zahlten bisher 3 Mark, jetzt 10 Mark, bearbeitet — bisher 10 Mark, jetzt 30 Mark.

Vor kurzem wurden nun die Ergebnisse der Erhebungen von 1900 über die Forsten und Holzungen im Deutschen Reich veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß die Forsten und Holzungen in jenem Jahre eine Fläche von 13 995 868 Hektar einnahmen, d. i. 25,89 Proz. der Gesamtfläche, und daß diese Fläche seit der ersten Erhebung im Jahre 1878 nahezu gleich geblieben ist. Die Fachleute geben außerdem an, daß höchstens noch 634 000 Hektar Fläche vorhanden sind, die sich zur Aufforstung eignen. An eine Ausdehnung der einheimischen Forsten ist also kaum zu denken. Des Weiteren ergibt sich aus diesen Erhebungen — was aus einanderzusetzen hier zu weit führen würde —, daß trotz der relativ rationalen Bewirtschaftung der Forsten eine mögliche Schonung des Waldbestandes durchaus geboten ist, wenigstens noch in den nächsten Jahrzehnten, weil das Verhältnis zwischen Hoch-, Mittel- und Jungwald noch nicht rationell ist.

Nun lieferten die deutschen Wälder im genannten Jahre rund 20 Millionen Festmeter Kuchholz, und 17,8 Millionen Festmeter Brennholz und 10,5 Millionen Festmeter Reisig und Bruchholz. Insgesamt also 3,45 Festmeter Holz pro Hektar, was nach Ansicht vieler Forstmänner schon zu viel ist.

Um das Verhältnis der Eigenproduktion zum Außenhandel mit Holz zu berechnen, muß man vorerst die Differenz der Ausfuhrstatistik anrechnen, da diese in Doppelzentnern angegeben sind. Nimmt man das spezifische Gewicht des Holzes mit 0,52 an, und setzt man 1 Gewichtseinheit bearbeiteten Holzes gleich 1,8 Gewichtseinheiten des unbearbeiteten, so ergeben sich annähernd folgende Zahlen: Im Jahre 1900 wurden insgesamt eingeführt 14,26 Millionen Festmeter Holz, ausgeführt 1,77 Millionen Festmeter. Es verbrauchte also Deutschland 12,49 Millionen Festmeter fremden Holzes. Die gesammte Holzproduktion unter voller

Einrechnung des Reisigs und Bruchholzes ergibt 48,3. Also über ein Viertel des Holzbedarfs kam aus dem Auslande. Mit anderen Worten: Deutschland müßte seinen Wäldern um mehr als 25 Prozent mehr Holz entnehmen, als es jetzt ihnen entnimmt, wenn es seinen Holzbedarf decken wollte. Das aber wäre einfach Raubbau, der zum Ruin der Wälder, also zum Ruin des Landes selbst führen würde.

Und trotzdem erhöht eine hochwohlwollende deutsche Regierung die Einfuhrzölle auf Holz!

In den Erläuterungen zu diesem weissen Tarif erklärte bekanntlich die Regierung, die meisten Positionen sind erhöht worden, um die deutsche Arbeit zu schützen; aus diesem Grunde seien die Säge für Holzfabriken, in denen viel Arbeit enthalten ist, besonders berücksichtigt und „angemessen“ erhöht worden. Wie doch die hochwohlwollende Regierung sich der Interessen der Arbeit zu erinnern weiß, wenn es gilt, agrarisch-kapitalistische Ziele zu fördern! — Steht man genauer hin, so ergibt sich allerdings etwas anderes. Vor allem sind die fremden Länder natürlich auch daran interessiert, die „Arbeit“ zu schützen; auch sie wollen ihre Holzbearbeitungsindustrie (von den Sägewerken angefangen und mit der Tischlerei und ähnlichen Zweigen endend) fördern. Wenn z. B. der Zoll in Deutschland auf Bretter erheblich erhöht wird im Verhältnis zu dem Zoll auf rohe Klöße, dann muß die Folge noch lange nicht sein, daß die deutschen Sägewerke mehr zu thun bekommen, sondern es werden sich vor allem die russischen Holzexporteure die Frage vorlegen, ob sie nicht ihre Bretter anderswo lohnender absetzen können. Und gerade bei Holz wird dies nicht so schwer werden: Ganz Europa, allen voran die Industrieländer England, Belgien, Frankreich haben starken Holzbedarf. Freilich kommt dann die Frage in Betracht, aber die Frage über See beträgt noch lange nicht so viel, als der deutsche Zollaufschlag. Die Folge wird also nicht eine Förderung der „Arbeit“ durch Hebung der Sägewerke in Deutschland, sondern einfach eine Erhöhung des Preises für Bretter sein, gleichviel ob aus fremdem oder aus einheimischem Holze. Den Ausfall wird daher der deutsche Kapitalist, der Bretter in seiner Fabrik verarbeitet, vor allem aus dem deutschen Arbeiter und den Konsumenten herauszuschlagen suchen. Und die zweite Folge ist dann, wie schon so oft wiederholt, die verminderte Konkurrenzfähigkeit der betreffenden Industriezweige, welche Holz verbrauchen, auf dem Weltmarkte.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Hafenarbeiter in Königsberg sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie fordern 10stündige Arbeitszeit, einen Lohn von 5 Mk. pro Tag, für Ueberstunden einen Lohnzuschlag, Einschränkung der Sonntagsarbeit usw. — Zur Beilegung des Ausstandes der Berliner Gürtler und Drucker trat Montag Nachmittag das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zusammen. Die Verhandlungen leitete der erste Gewerberichter v. Schulz. Es wurde ein Vergleich erzielt, der für 137 Firmen Gültigkeit hat. — Ein Konflikt droht in den Weltener Ofenfabriken auszubrechen, weil sich die Unternehmer weigern, an Stelle des am 1. Oktober abgelaufenen Lohnvertrages einen neuen abzuschließen. Als letztes friedliches Mittel hat eine Versammlung am Freitag beschlossen, die Vermittelung des Landrates anzurufen. Der Bezug von Löhnen und Arbeitern nach Witten ist fernzuhalten. — In der Fagfabrik von M. Wellhöfer in Heidingsfeld wurden 16 Wötter ausgesperrt. — Die Zahl der in Budapest ausländigen Kutscher von Kutschwerken beträgt 3000. Die Kutscher der Lohnfuhrwerke beabsichtigen, sich dem Auslande anzuschließen.

Das Unmögliche in Crimmitschau wird's Ereignis. Allen Ernstes hat ein nichtorganisierter Arbeiter

einen Mitarbeiter auf die Differenz zwischen der an die organisierten und der an die nichtorganisierten Arbeiter gezahlten Unterstützung verklagt und das Amtsgericht hat die Klage wirklich angenommen. Der Kläger behauptet, sein organisierter Kollege, der Obmann in einer der fünf Fabriken war, in denen die Arbeiter selbst kündigten, habe ihm selbste Unterstützung versprochen, wie den Organisierten. Genau sind die Ausführungen des Rechtsanwalts des Klägers in der Verhandlung. Er meinte: „Der Deutsche Arbeiterverband habe überall, wo eine größere Anzahl Mitglieder an einem Orte vorhanden wäre, eine Filiale, so auch hier. In den einzelnen Fabriken bestanden Ausschüsse mit einem Obmann an ihrer Spitze. Dieser auch bei der Firma Fürst der Fall gewesen, wo der Beklagte Obmann gewesen sei. Dieser habe dem Kläger erklärt, er solle seine Kündigung mit einreichen. Als er dieses thun wollte, hat er diesem die bestimmte Zusicherung gegeben (auf den Vorhalt hin, daß er doch nicht organisiert) werde genau so unterstützt wie die organisierten Arbeiter. Auf diese Zusicherung hin hat der Kläger mit gekündigt. Der Beklagte bestritt, dem Kläger derartige Versprechungen gemacht zu haben. Die Unterführungen würden laut dem Verbandsvorsitzenden festgesetzt. Das Gericht so dem Kläger den Eid zu und setzt einen weiteren Termin. Und wenn der Kläger den Eid schwört, dann können es zu all dem übrigen, was wir in neuerer Zeit an die Organisationen gerichteten Urtheilen erlebt haben, erleben, daß die Organisation oder in diesem Falle der trauensmann des Verbandes gezwungen wird — von wegen — einem Nichtorganisierten, der keinen Pfennig Verband gezahlt, dieselbe Unterstützung zahlen muß, wie der jahrelang seine Beiträge geopfert. Was werden auf dem Gebiete der deutschen Rechtsprechung noch alle Leben? —

Die Leipziger Ortskrankenkasse legte die Geschäftsführung des Zentralverbandes Ortskrankenkassen Deutschlands nieder, glaubt, das Vertrauen der Majorität der Kassen nicht zu besitzen.

Eine offizielle französische Streikstatistik 1902 veröffentlicht das offizielle „Office du travail“ nach haben im Jahre 1902 insgesamt 512 Ausstände in Frankreich stattgefunden, an denen 212 704 Arbeiter 4 675 084 Arbeitstagen befreit waren. Die meisten Ausstände kamen unter den Gruben- und Textilarbeitern. In 111 Fällen haben die Ausstände zu Erfolgen beigetragen. In 184 Fällen hat eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stattgefunden, während Ausstände mit einer Niederlage der Arbeiter geendet haben.

Bei der Landtagswahl für Cosslau (Anhalt) wurde Genosse Günther gewählt. Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung nachträglich unser Kasseler Parteiorgan, das „Volkspolksblatt“, gerichtlich beschlagnahmt.

Parteipresse und bürgerliche Presse. Unter Ueberschrift schreibt Hebel im „Vorwärts“: „Die Parteipresse hat über die Verhandlungen des Parteitagess so alles Gleichgewicht verloren, daß sie empfiehlt, hier das Urtheil einiger bürgerlicher Blätter denselben anzuführen, vielleicht daß dann das gestörte Gleichgewicht wiederkehrt. In der Nr. 217 äußert sich der liberale „Stadtsanzeiger zur Kölnischen Zeitung“ anderem: „Nicht schwächer, sondern eher noch stärker (die Sozialdemokratie) aus dem Tornado des Tages hervorgehen. Der Reiz der idealen und politischen Gemeinsamkeit gegenüber der bestehenden und ihrer parlamentarisch-staatlichen Vertretung ist als daß der brausende Wind der jugendlichen Revolte in der Sozialdemokratie im Grunde genommen recht imponant und an Kräften reich gährt, ihn könnte. Nicht so unrecht hatte ein Redner des Par-

Der Bedlar.

Roman aus dem alexandrischen Leben v. Otto Ruppis.

34. Fortsetzung.

Helmstedt fand ein bedecktes Tischchen mit kaltem Fleischspeisen und einer Flasche Madeira seiner wartend; er ahnte, wenn er diese freundliche Sorge für ihn zu danken hatte, und ein wohlthunendes Gefühl, wenigstens nicht ganz verlassen dazustehen, kam über ihn. Er hatte seit Tagesgrauen nichts zu sich genommen, fühlte aber dennoch seinen Magen wie zugeschnürt und erst als er ein Glas Wein getrunken, schien sich das beklemmende Gefühl zu lösen. — Gleich beim Beginn der Nachmittagsstunde sollte die Vertheidigung ihren Anfang nehmen — er mußte essen, wenn er dann seine Kräfte bei einander haben wollte; langsam in tiefem Sinnen schritt er das Zimmer auf und ab, bald ein paar Bissen zu sich nehmend, bald einen Schluck Wein trinkend; sein Gesicht begann nach und nach aufzuleben, Gedanken auf Gedanken schienen sich in ihm zu entwickeln, und als er endlich wieder nach dem Gerichtszimmer gerufen wurde, nahm er seinen Platz so freien, glänzenden Blickes ein, als ginge er irgend einem glücklichen Ereignis und nicht seiner wahrscheinlichen Verurteilung entgegen.

Der Richter gebot Ruhe, und der Vertheidiger erhob sich. „Lassen Sie mich selbst mit ein paar Worten beginnen, wenn das erlaubt ist!“ flüsterte diesem Helmstedt mit erregter Stimme zu, „ich denke, es soll der Sache nicht schaden und Sie mögen dann mit Ihrer Geseßkenntniß nachbessern.“

Der Advokat sah ihm einen Augenblick überrascht in die Augen. „S ist Ihre eigene Sache, Sir, das ist Alles, was ich sagen kann!“ erwiderte er dann, „das Wort kann Ihnen Niemand abschneiden, wenn Sie's verlangen; ich halte es aber jetzt für meine Pflicht Ihnen zu sagen, daß ich selbst eines sicheren Ausganges noch nicht gewiß bin. Ich habe bis

jetzt auf einen wichtigen Entlastungszeugen in Ihrer Sache gehofft, der aber leider noch nicht eingetroffen ist, und dessen Ankunft ich nach dieser Pözerung auch durchaus nicht mehr verbürgen möchte.“

„Um so mehr denke ich selbst nachhelfen zu müssen, wo ich die Kraft fühle.“ sagte Helmstedt und sein Gesicht nahm eine erhöhte Farbe an, „zu verderben fürchte ich nichts und Ihrer Rechtslogik bleibt dann immer noch die Hauptsache!“

Der Advokat nickte und zeigte dem Gerichtshofe an, daß der Angeklagte für einige Bemerkungen selbst das Wort ergreifen werde. Die Anklage rief eine allgemeine Bewegung unter dem Publikum hervor, daß der Richter von Neuem Ruhe gebieten mußte, und alle Blicke richteten sich gespannt auf die Anklagebank, wo sich Helmstedt langsam aber mit freiaufgerichtetem Kopfe und lebendigem Gesichte erhob.

Er begann die ersten Worte mit einer Stimme, der man die tiefe Erregung anhöre, und eine Stille legte sich über die Versammlung, in der das Summen einer Fliege vernehmbar geworden wäre. Seiner Aussprache des Englischen klebte noch immer der deutsche Accent an; aber seine Ausdrucksweise, seine Wendungen waren neu, ungewohnt für die Zuhörer und darum um so anregender. Jeder fühlte, daß die Worte mitten aus dem Herzen des Lebenden kamen, und je weiter er sprach, je freier schien er zu werden, je leichter und reicher schienen sich Gedanken und Ausdruck in ihm zu entwickeln. Er bat um Entschuldigung, daß er selbst das Wort ergreife, wenn es auch ungewöhnlich sei; ich meine aber, jeder Jury müsse es nur recht sein, den Angeklagten über den sie abzurtheilen habe, selbst und nicht erst durch die zweite Hand des Vertheidigers kennen zu lernen — und wenn das Institut der Jury nur dazu gestiftet worden, daß der Bürger durch den geraden offenen Verstand seiner Mitbürger gerichtet und nicht ein Opfer von Rechts- und Geseßbeuterei werde, so wisse er nicht, warum ein Advokat für ihn sprechen solle, wo seine klare Sache nichts zu fürchten habe, als nur absichtliche Verwickelung und Verdrehung.

wie sie der öffentliche Ankläger zum Ruhme seiner Gabe, aber nicht seines Herzens und Gewissens, aus als schlichter Mann schlichten Männern gegenüber zu ihnen reden und den Fall in seiner Einfachheit vor sie bringen. Ein Wort sei begangen worden und er solle dazu haben. Die Beweise, die ihnen vorlägen, seien sicherlich nicht, die ihn auf die Anklagebank gebracht — die Keitpreitche, von welcher der Knopf gehanden hänge Tag und Nacht in einem offenen Stalle, jedzeitig — sein bloßes Nachhausekommen erst Zeit des Mordes könne ihn eben so wenig zum Ustempeln als jeden Andern, der zu dieser Zeit noch Hause gewesen sei; und daß er sich geweigert habe sein Verbleiben Auskunft zu geben, müßte eher sprechen — ein so kaltblütiger Bösewicht, der nach scheneher Bluttat offen wieder in sein Haus tritt ruhig den Blicken seiner Hausgenossen preisgegeben es geihan, habe sicherlich auch wenigstens einen für seine Abwesenheit erbracht; alle diese Beweise seien erhalten aber eine fürchtbare Unterstützung in Händen, die allgemein als bestehend angenommen durch ein Liebesverhältnis seinerseits mit der Frau Hauses, welchem der Ermordete durch seine Verbindungen im Wege gestanden habe. — Er, der er solle nur Helfer bei dem begangenen Verbrechen sein; wer sei denn aber der wirkliche Mörder hauptsächlich nur durch sein Verhältnis zu der Frau die Anklage gegen ihn, als Helfershelfer bei dem einen Grund erhalte, so sei dadurch doch auch gesprochen, daß Niemand die eigentliche That haben könne, als die Tochter des Hauses selbst; anders hätte sich sonst für ein Interesse, daß sie betraf, zu dem Verbrechen hergeben können? Der Semand, es sei erwiesen, daß sie die Thatern nehmte nur eins an, daß das Verhältnis, wie es zusammengefaßt, um einen Grund für die That

es schon etwas Bedeutendes sei, solche Dinge in voller Öffentlichkeit verhandeln zu können. Besser, man giebt das zu, anstatt mit feichtem Witz angelegelter Vornehmheit über hinwegzugehen! Was Intelligenz, Kraft und Willensanstrengung, so könnte man davon dem sozialistischen Parteiverein genügend große Mengen abzupfen, ein Duzend andere Parteien damit zu versorgen, ohne die an ausgezeichneten Köpfen und opfervollen Seelen reiche Partei der Genossen darum merklich ärmer würde. Das bezieht sich gerade auf die Partei, deren Leitung in der Öffentlichkeit durch eine Art von innerem Chronismus, der zu den krankhaften Merkmalen der merkwürdigen Lage gehört, so überaus geräuschvoll worden ist: auf das Zentrum. Man sehe sich doch nur jenen Katholikentag an! Immer wieder dieselbe Lier, ausgeblasenes Ei, aber hochwichtig herausdrapirt, als beste es sich um reinsten geistigen Edelstein. Eine elette, aber lärmvoll servirt. Tant de bruit etc. (So lärm um einen Eierkuchen!) Eine Einigkeit, die schon je ewiger Schlaf ist, wird einem da Jahr für Jahr vorüber, sie erscheint auf den bloßen Anruf wie der Geist „Hamlet“ oder wie ein starres, lebendes Bild“ auf der einbüchse in „feenhafter“ bengalischer Beleuchtung. Reinster Meinungsaustrag bezeugt da geistiges Leben; da Wes nur einer Meinung, der Meinung der Meinungszeit. Und ob ein Redner deutsch, lateinisch, italienisch türkisch spricht — immer ist ihm der „langanhaltende, scharfe Bessall“ der Menge gewiss, ob sie's nun versteht nicht. Solcher Kämpfe im vollen Lichte der Öffentlichkeit, wie sie jetzt in Dresden ausgefochten werden ohne über für die Partei, ist keine andere Partei im Deutschen Reich fähig — am wenigsten aber die Zentrumspartei, die in sehr unrecht thut, auf Dresden mit dunkelhaftem Hoch hinausblicken, weil dort so viel „wüste Schimpferei“ gen worden sei.“ Und die „Rühlsheimer Zeitung“, eben ein liberales rheinisches Blatt, schreibt: „Wenn auch Parteitag den Erdgeruch des Proletariats nicht verriet habe und das sachliche Moment oft hinter personliche Händereien zurückgetreten sei, so dürfte man das nicht die Hauptfrage halten, sondern müsse das schon im Interesse anerkennen, daß ein bewundernswürdiger der Initiative, des Vorkämpferthums durch die Dresdener gegangen sei. Man müsse sogar sagen, die innere Zeit der Partei sei so groß, daß sie es ruhig wegen dieser Parteitag vor den Augen von ganz Europa zu sein.“ Hat ein Theil unserer Parteipresse vergessen, was er Partei schuldet? Und ist das die Parteipresse, die in einer Welt von Feinden aufzunehmen soll?“

Bebel vernahmt sich in der „Leipziger Volkszeitung“ den Vorwurf des Genossen Grenz in einer Leipziger Sammlung, daß er, Bebel, sich auf dem Dresdener Parteitag eine anberthaltspündige private Unterredung mit der befraglich Fragen der Laits habe breitgeschlagen und deshalb auf das Schlusswort verzichtet habe. Jagt, daß er den Parteitag nicht länger habe in Annahmen wollen, als dies durch ihn schon gesehen „Sewiß“, sagt Bebel, „bin ich insofern gegen Genossen Umar zu kurz gekommen, als ich außer Stunde war, eine dreieinhalbstündige Rede, die vom Anfang bis mit persönlichen Angriffen gegen mich geipelt war und am Theil großen Entstellungen über meine politische gkeit wärmelte, über die Hauptfragen aber sachliche Aussagen so gut wie gar keine enthielt, nicht antworten hätte ich es gefürchtet, es wäre ihm sehr leicht er. Bebel sagt weiter: „Im Uebrigen fürchte ich, sind die letzten Aussetzungen, die wir in Dresden haben. Die revolutionäre Presse und ganz speziell Münchener Post“ urtheilt über die Verhandlungen des Tages in einer so tendenziös entstellten, ja direkt verzerrenden Weise, daß schon dieser Umpand genügen würde, die erst geschlossene Debatte wieder anzuschauen. Vorderwill ich mir Zwang auferlegen und abwarten, wie das Raas dieser Unterredungen wird.“ In der Nummer der „Leipz. Volksz.“ giebt übrigens ring folgende Erklärung ab: „In der Leipziger“ ist allerdings von einem Schiedsgericht in Sache gesprochen worden. Ich weiß nicht, woher die Klage entstanden ist. Ich habe jedenfalls kein Begehren beantragt und werde auch keines beantragen. werde vielmehr binnen kurzer Zeit eine Broschüre veröffentlichen, worin ich das an mir in Dresden betriebene und Recht für Recht ansetzen werde. Der danach Schiedsgericht gegen mich beantragen will, wird mich finden, wie auch vor einem solchen zu verantworten. meine Rechtfertigung gehört nicht hinter die verschlossenen Thüren eines Schiedsgerichts, sie gehört in die

Öffentlichkeit, ebenso wie die verleumderischen Beschuldigungen, die gegen mich erhoben worden sind.“ Schließlich bittet Mehring die Redaktion der „Volksz.“, ihn nicht gegen die Angriffe von Halle, von München, Chemnitz und von Karlsruhe weiter zu verteidigen. Ihn „berührten solche Zeugnisse menschlicher Erbarmlichkeit nicht.“

Waximilian Gorden-Wittkowski, der Herausgeber der „Zukunft“, sendet dem „Vorw.“ folgende Zuschrift: 1) In Nr. 226 des „Vorw.“ befreitet Herr Bernhard die Richtigkeit meiner Darstellung eines Gesprächs, das ich mit ihm hatte. Er erwähnt dabei, daß dieses Gespräch „in Gegenwart eines Zeugen stattfand“. Als die Erklärung des Herrn Bernhard erschienen war, suchte dieser Zeuge mich auf, um mir zu sagen, daß meine Darstellung richtig sei und daß ich nur vergessen hätte, die Aeußerung des Herrn Bernhard anzuführen: „Wird die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern wirklich verboten, dann muß ich eben mein Pseudonym ändern.“ Diese Aeußerung hatte ich nicht vergessen, sondern mich zunächst auf das unbedingt Nothwendige beschränkt. Herr Bernhard behauptet, ich hätte geschrieben, nach seinen Worten habe mein „Plan festgestanden“, ihn nicht mehr für die „Zukunft“ schreiben zu lassen. Wenn er richtig zitiert hätte, würde die von ihm abgedruckte Postkarte gegen mich zeugen. Er hat aber falsch zitiert; in Nr. 52 der „Zukunft“ ist deutlich gesagt, daß ich entschlossen war, ihn nicht mehr schreiben zu lassen, wenn er sich auf dem Parteitag so unwürdig benähme, wie er's vorhatte. Er behauptet, in der Parteitagswache sei kein Artikel von ihm erschienen, weil er keine Zeit gehabt habe, einen zu schreiben. Die Behauptung ist unwar. Er hat mir, vor dem Zeugen, ausdrücklich angeboten, den Artikel rechtzeitig zu schicken, und ich habe ihn erjucht, es nicht zu thun; damit er's nicht als krankendes Mißtrauen empfing, nahm ich als Vorwand eine dreitägige Reise, die mich, da ich zwölf Stunden vor Bernhards Abreisestermin wieder zu Hause war, in Wirklichkeit nicht gehindert hätte, seinen Artikel zur gewohnten Zeit druckfertig zu machen. Weil das Gespräch nicht unter vier Augen geführt und ich nicht sicher war, ob er mich ganz richtig verstanden habe, schrieb ich ihm vor meiner Abreise die Postkarte, deren Wortlaut er abgedruckt hat, und die ihn vor die Wahl stellte, den Artikel sofort zu schreiben (was er, wie ich nach Kenntnis seiner Zeitverhältnisse bestimmt annehmen durfte, nicht leisten konnte) oder „den Artikel für die Dresdener Woche zu lassen.“ Hätte er ihn wider Erwarten doch geschickt, so wäre das Manuskript liegen geblieben, bis Herr Bernhard in Dresden gesprochen hätte; für die Parteitagswache war, statt seines, schon ein Artikel über den Baumvollencorner bestimmt und gesetzt. Kein Schriftsteller kann aber mißverstehen, was mit der redaktionellen Anregung gemeint ist, den Artikel für diesmal „zu lassen“. Herr Bernhard hat es auch nicht mißverstanden; er ist auf den eigentlich für die Parteitagswache fälligen Artikel gar nicht mehr zurückgekommen und hat mir geantwortet: „Von Dresden aus schide ich pünktlich den nächsten Artikel“, d. h. den, der in der Woche nach dem Parteitag zu erscheinen hatte. Die Postkarte hatte also genau denselben Zweck, wie die vorher gesprochenen Sätze: Herrn Bernhard ohne Kränkung darauf vorzubereiten, daß die „Zukunft“ in der Parteitagswache keinen Artikel von ihm bringen werde. Daß Herr Bernhard, als ich ihn zum letzten Mal sprach, sich entschlossen zeigte, seinen Artikel „Partei-moral“ in Dresden gegen seine Uebersetzung „eine Dummheit“ zu nennen, die er bereue, ist eine Thatsache, die ich vor dem zuständigen Gericht als wahr zu beweisen bereit bin. 2) Aus der Erwiderung des Herrn Göhre greife ich die einzige Thatsache heraus, die erheblich sein könnte. Herr Göhre behauptet, daß er mit seinem Artikel „Der Glaube des Kaisers“ geschickt habe, als ihm der Beschluß des Parteivorstandes schon bekannt war. Er wiederholt damit, was er am 20. April 1903 im „Volkswillen“ präzisier behauptet hatte: „Mein Artikel war bereits geschrieben und gesetzt, als jener Beschluß (des Parteivorstandes) veröffentlicht wurde.“ Die Behauptung war und bleibt unwahr. Der Artikel ist am 3. März, abends, in meine Hände gekommen und, nach Ausweis der Druckereibücher am 5. März gesetzt worden; am 6. März hatte Herr Göhre die Korrekturbogen im Hand. Auf diese Daten laufe es aber nicht einmal an. Herr Göhre behauptet, ich „fälsche Daten“; dem der Vorstandbeschluss, den ich in den Februar verlegte, ist erst am 3. März im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Nicht um diese Veröffentlichung aber handelt es sich für mich, sondern um das vom 28. Februar datirte Schreiben des Parteivorstandes an die Herren Göhre, Feine und Genossen, das die fünf Adressaten am 3. März gemeinsam beantwortet haben. Dieses Schreiben, das über die Stellung des Parteivorstandes nicht den geringsten Zweifel ließ, konnte Herr

Bebel — wo siege denn nachher der geringste Grund die Evidenz an der That, deren er selbst beabsichtigt? — Und was wolle er sagen, Jahr er sich auch thame ward bewegter, ob wohl Männer unter der Zeit, welche die ganze Debatte kannten? Ein hartes, das noch kaum einen Tag aus dem Schooße quillte und von der Seite ihrer Mutter gekommen, ob kein unerschütterlicher Wille die Seite aus ihrer erstellte! Wer aber wirklich ihm, dem Angeklagten, wahrliche Kräfte zutrome, daß er während der langen der Anwesenheit im Hause ein reinen kindliches Herz in Worte habe verfließen können, der möge sich doch noch Thatsache ansehen, die bereits von ihrem Vater daß zwei Tage nach seiner Ankunft die Tochter mit Mutter das Haus verließen und erst am Abend des zurückgekehrt sei, der möge sich zugleich selbst fragen, er den Augen der Eltern während dieser Zeit ein sich zu dem Grade habe rufen können, wie es den den notwendigen Geist der Anklage habe. — Er hat, die Hand vor die Augen drückend, eine lange Gasse entlang wandeln und sich zu beruhigen, kann sein, daß bei der aufgeregten Lage des es an ihm; aber vor der blinde Eifer oder eine Ver- Seite kann einem Anderen darin herausziehen, als kühnste Herz, das sich schon an einem Uebelthäter, es es hätte lange, wendet. Er erzählt, wie er durch Gehörigkeit auf dem Spaziergang mit Eltern von lange, unter wachen sie beide, unterrichtet werden, deren für einen Schwärmer gehalten und dem verprochen habe, Nachrichten über ihn einzusenden, hat nicht gegen den Mann habe kann wollen und

Göhre, ehe er seinen Artikel schickte; und die Sendung dieses Artikels kündete Frau Braun mir als eine Demonstration gegen die vom Parteivorstand beabsichtigte „Unterdrückung der Redefreiheit“ an. Auch in diesem Punkte ist, wie in allen andern, meine Darstellung also erweislich wahr; und wenn „gefälscht“ worden ist, hat Herr Göhre gefälscht. 3. Auf die Schimpfworte des Herrn Dr. Braun habe ich hier nur zu erwidern, daß ich im April d. J. den Verkehr mit dem Ehepaar Braun abbrach, weil mir Dinge aus dem Privatleben des Ehepaares zur Kenntnis gelangt waren, die mir einen weiteren Verkehr unethisch erscheinen ließen.

Aus Mail und Bern

St. Bureaukratismus. Der bei der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf beschäftigt gewesene Gerichtsaktuar Otto Franke, der im Laufe dieses Sommers nach verschiedenen Untersuchungen geschäftet, indeß bald in Berlin wieder ergriffen worden war, unternahm auf dem Transport nach Düsseldorf einen erfolglosen Fluchtversuch. Die Eisenbahnverwaltung in Berlin hatte daraufhin gegen F. eine Geldstrafe von 10 Mark, wegen unerlaubten Aussteigens während der Fahrt“ festgesetzt; der gegen diese Strafverfügung eingelegte Einspruch wurde dieser Tage vom Schöffengericht zurückgewiesen. Der hl. Bureaukratismus steht wieder einmal glänzend da!

Schwere Soldatenmißhandlungen hatte das Kriegsgericht Nürnberg abzuurtheilen. Der Unteroffizier Huber vom 1. Chevaurleger-Regiment hatte auf Stallwache einen Soldaten so heftig ins Gesicht geschlagen, daß dem Letzteren das Trommelfell platzte und eine langwierige ärztliche Behandlung nothwendig wurde. Ein anderer Soldat erhielt von dem schneibigen Stellvertreter Gottes nicht weniger als 18 Schläge ins Gesicht und auf den Kopf, so daß der Mann eine Zeitlang dienstuntauglich war. Das Kriegsgericht hielt diese Thaten mit 2 Monaten Gefängniß für gelöhnt!

Verhüteter Justizmord. Der Aufsehen erregende Fall Bratuscha hat jetzt vor dem Gerichtsenat in Marburg a. D. ein unerwartetes Ende gefunden. Der Schuhmacher Bratuscha in Monsberg bei Peltau (Unterfestermark), der vor zwei Jahren zum Tode durch den Strang verurtheilt und zu lebenslänglichem Kerker begnadigt worden war, wurde jetzt als unschuldig erkannt und freigesprochen. Vor zwei Jahren wurde Bratuscha, dessen zwölfjährige Tochter damals seit drei Wochen vermisst wurde, unter dem Verdachte verhaftet, die Tochter ermordet zu haben. Vor Gericht legte Bratuscha damals folgendes Geständniß ab, das von Bratuschas Weib als richtig bezeichnet wurde: Er habe seine entlaufene Tochter im Walde gefunden, erschlagen und nach Hause getragen. Zu Hause habe er mit seinem Weibe den Leichnam in fünf Theile zerlegt, die Stücke im Ofen gebraten und verzehrt. Auf dieses Geständniß hin erfolgte Schuldspruch und Urtheil. Hätte der Kaiser nicht von seinem Begnadigungsrechte Gebrauch gemacht, so wäre Bratuscha gehängt worden. Die angeblich ermordete Tochter fand sich nämlich vor wenigen Monaten in Kroatien lebend vor, so daß sich das Geständniß Bratuschas und seines Weibes als das Phantastebild eines Irnwahns darstellte.

Umschlagpapier unter der Zensur. Aus Helsingfors wird dem „Hann. Cour.“ geschrieben: Dem scharfen Auge der Zensur in Finland entgeht selbst nicht das Zeitungspapier, das bei Waarensendungen aus dem Auslande zum Einwickeln benutzt wird. Es unterliegt genau ebenso der Zensur, wie alle aus dem Auslande kommenden Zeitungen und Druckfachen, und die Folge davon ist, daß sich die Beförderung der Waaren verspätet und dem Empfänger noch besondere Kosten entstehen. Aus diesem Grunde haben die Kaufleute in Finland an die ausländischen Exporteure das Ersuchen gerichtet, künftig nicht mehr Zeitungen und sonstige Druckfachen zum Einwickeln von Waaren zu benutzen.

Lemberg. Nach Unterschlagung von 250000 Kronen Depotgeldern, die er an der Börse und im Kartenspiel verloren hat, ist der Chef des Stanislawer Bankhauses Ephraim Kamer, wie der „Frankf. Btg.“ gemeldet wird, seit 8 Tagen verschwinden. Kamer soll nach Amerika geflüchtet sein.

Peft und Cholera. In Peftang, sechs englische Meilen nordöstlich von Tatu, herrschen, einer Meldung aus Tientsin zufolge, Pest und Cholera. In den beiden letzten Monaten betrug die Zahl der Todesfälle 2000, auf den Tag 15 Todte. Tientsin und Tatu sind dagegen jenseitig frei.

was Morton anzufagen hatte; er legte mehrere beschworene Aussagen von New Yorker Kaufleuten vor, welche die Meinung des Angeklagten über Vater bestätigten und diesen als einen Mann ohne bestimmtes Geschäft schilderten, der theils durch das Spiel, theils auf andern verbotenen Wegen sein Leben gemacht, stets aber im Sommer in den fashionablen Badeorten zu finden gewesen sei und so sich eine gewisse Scheinstellung in der Gesellschaft zu verschaffen gewußt. Morton gab an, daß sämtliche Aussagen der Betreffenden auf seine an sie ergangene Bitte gemacht worden seien. Er trat hinweg und die zweite seiner Begleiterinnen erhob sich. Sie schlug kräftig den Säuleler zurück, als sie zur Einnahme vorschritt und ein jugendliches bleiches Gesicht erschien, das sich mit einem Sächel, wie ein heller Sonnenblid zwischen Frühlingsregen, nach der Anklagebank richtete. Helmstedt fuhr halb von seinem Sitze auf und unterdrückte mit Mühe einen Schrei — in demselben Augenblicke aber entstand eine Bewegung in einem andern Theile des Gerichtssaumes. „Ellen!“ rief mit dem Ausdruck des Staunens Elliot, zwischen seinen Umgebungen hervortretend, „wie kommst du hierher, Kind — was willst du hier?“ Das Sächel starb auf des Wädchens Gesicht und machte einem Ausdruck des Lebens Platz. „Ich komme nachher zu dir, Vater“, sagte sie, „ich muß erst Zeugniß ablegen.“ „Was um Christi willen willst du bezwingen, wer hat dich denn hierher gebracht?“ „Was ich muß, Vater“, erwiderte sie, ihm groß in die Augen sehend, „laß mich jetzt, ich komme nachher zu dir!“

(Fortsetzung folgt.)